

Meldungen

zusammengestellt von Jorge Scholz

Prominente Journalisten verhaftet - Pressefreiheit in Gefahr?

Der Chefredakteur der regierungskritischen englischsprachigen Wochenzeitung 'The Friday Times', Najam Sethi, ist am 8. Mai in der punjabischen Provinzhauptstadt Lahore in seinem Wohnhaus von einer Gruppe schwerbewaffneter Sicherheitsbeamter in Zivil verhaftet und an einen unbekannt Ort verschleppt worden. Dies meldeten pakistanische Zeitungen. Nach Auskunft von Sethis Frau Jugnu Mohsin drangen die Bewaffneten morgens gegen 3 Uhr 30 gewaltsam in das Schlafzimmer der Eheleute ein. Dabei mißhandelten sie den im Bett liegenden Sethi schwer und führten ihn ab, ohne daß er seine Brille aufsetzen oder seine Schuhe anziehen konnte. Telefone wurden mitgenommen oder unbrauchbar gemacht. Auf die Frage nach einem Haftbefehl erhielt Jugnu Mohsin die Antwort: "Halte den Mund, sonst bringen wir ihn Dir als Leiche zurück". Sie wurde nach eigenen Angaben gefesselt und in einen Nebenraum gesperrt; später fand sie das Ausfahrtstor ihres Hauses von außen mit einer Kette verschlossen. Frau Mohsin, die ihrerseits Herausgeberin der 'Friday Times' ist, beschrieb den nächtlichen Überfall als "barbarische Erfahrung". Die Vorgehensweise nährte in der pakistanischen Öffentlichkeit Spekulationen, daß der militärische Geheimdienst 'Inter-Services Intelligence' (ISI) für die Entführung verantwortlich zeichnete.

Die genauen Hintergründe der Aktion gegen den durch seine regelmäßigen Kommentare für den britischen Rundfunksender BBC und die Deutsche Welle auch international bekannten Journalisten blieben zunächst unklar. Ein Regierungssprecher behauptete am 10. Mai, Verhaftungsgrund sei nicht Sethis Tätigkeit als Journalist, sondern seine antipakistanische Haltung. Er habe die Grundlagen der Existenz Pakistans verhöhnt. Tatsächlich hat die 'Friday Times' Premierminister Nawaz Sharif und dessen Regierung seit dem Amtsantritt vor gut zwei Jahren in zahlreichen - anonym gehaltenen - Kommentaren immer wieder heftig kritisiert. Außerdem wird von Beobachtern als möglicher Anlaß vermutet, daß Sethi ein BBC-Kamerateam bei Recherchen für einen kri-

tischen, noch nicht gesendeten Film über Korruptionsvorwürfe gegen die Familie des Premierministers geholfen hat. Außerdem war Sethi in der Woche vor seiner Verhaftung bei einer Seminarveranstaltung in Neu-Delhi als Gastredner aufgetreten. Dabei machte er das Versagen der pakistanischen Regierung und die fortschreitende Auflösung der staatlichen Autorität in seinem Lande zum Thema seines Vortrags. Unter den Zuhörern befand sich auch der pakistanische Botschafter in Indien, der nach inzwischen bestätigten Zeitungsberichten anschließend einen erbosten Rapport nach Islamabad sandte. Daraufhin brandmarkte ihn die Regierung öffentlich als Landesverräter. Hierzu paßt das Vorhaben der Regierung, Sethi nicht vor ein ziviles Gericht zu stellen, sondern ihm vor einem der jüngst gegründeten Militärtribunale den Prozeß zu machen. Derzeit sind gegen diese Pläne Petitionen vor dem Supreme Court in Islamabad anhängig, die zum Redaktionsschluß noch nicht entschieden waren.

Die Verhaftung Najam Sethis hat weit über Pakistan hinaus großes Aufsehen erregt. Der Vorfall ist der bislang spektakulärste in einer Kette von gewalttätigen Versuchen, unabhängige und regierungskritische Journalisten mundtot zu machen. Pakistanische Journalistenvereinigungen, der Verband der Zeitungsherausgeber Pakistans und die Oppositionsparteien protestierten gegen die Verhaftung. Im Senat boykottierte die Opposition aus diesem Anlaß sogar eine Parlamentssitzung. International haben sich bisher die Brüsseler Journalistenförderung, Reporter ohne Grenzen und eine amerikanische Organisation zum Schutz von Journalisten den Protesten angeschlossen. In ungewöhnlich scharfer Form meldete sich auch die US-Regierung zum Fall Najam Sethi zu Wort: In einer Stellungnahme warf sie der pakistanischen Regierung die systematische Verletzung von Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit vor.

Regierung verbietet fast 2.000 Nichtregierungsorganisationen

Ohne einen besonderen Grund zu nennen, hat die pakistanische Regierung Mitte Mai 1.941 von den derzeit insgesamt 5.967 in Pakistan zugelassenen

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) die Registrierung entzogen und damit faktisch verboten. Gleichzeitig wurden sämtliche Konten der betroffenen Organisationen gesperrt, die Guthaben eingezogen und die Büros zwangsweise geschlossen. Betroffen von der Aktion waren alle NGOs, die im Bereich der Sozialen Wohlfahrt tätig sind. Zumeist traf es eine Vielzahl von Kleinprojekten, die in den letzten Jahren im ganzen Land wie Pilze aus dem Boden geschossen waren. Aber auch einige größere, etablierte und für ihre gute Arbeit bekannte Organisationen gehörten zu den Opfern. Viele der jetzt zwangsweise geschlossenen Projekte werden von ausländischen Gebern finanziert, weshalb die Initiative auch auf internationaler Ebene für erhebliche Unruhe sorgte. So berichtete Roshan Dunjiboy, die Repräsentantin der 'Heinrich-Böll-Stiftung' in Pakistan, aus Lahore, daß eines ihrer Projekte in der "North-West Frontier Province" (NWFP) von der Maßnahme betroffen sei. Sie habe umgehend beim zuständigen Ministerium schriftlichen Protest eingelegt und die Herausgabe der beschlagnahmten Stiftungsgelder in Höhe von rund 100.000 Rupien verlangt. In Islamabad wurde nach ihren Angaben von der Deutschen Botschaft eine Art Krisenstab gebildet, dem alle Repräsentanten und Repräsentantinnen der deutschen parteinahen politischen Stiftungen angehören. In diesem Gremium sollen künftig einmal im Monat Erfahrungen mit der neuen Situation und im Umgang mit den pakistanischen Behörden ausgetauscht sowie Vorgehensweisen und Strategien koordiniert werden. Die 'Adenauer-Stiftung' wollte die weiteren Entwicklungen offenbar nicht mehr abwarten, denn das Büro in Islamabad wurde mittlerweile geschlossen und nach Sri Lanka verlegt. Die 'Friedrich-Ebert-Stiftung' (FES) erhielt unterdessen in ihrer Repräsentanz in Islamabad Besuch von Regierungsvertretern, die dem Vernehmen nach mit der Drohung konfrontiert wurden, daß die FES diesem Beispiel sofort folgen werde, sobald man sich von Regierungsseite an Projekten geförderter Partner vergreife.

In Pakistan selbst kam es in mehreren Städten des Landes zu Demonstrationen und Protestkundgebungen gegen die

NGO-Politik der Regierung, an denen sich mehrere tausend Menschen beteiligten. Auch die englischsprachigen Medien schlossen sich der Kampagne an und zogen mit bissigen Kommentaren gegen die Verantwortlichen in Islamabad zu Felde. Im Mittelpunkt der Kritik stand dabei der Vorwurf, daß Nawaz Sharif mit seinen jüngsten Attacken gegen die NGO-Szene und die freie Presse des Landes nunmehr zum Angriff gegen die letzten beiden verbliebenen Säulen einer zivilen, demokratischen Gesellschaft aushole, nachdem er in den letzten beiden Jahren systematisch die politische Opposition, das Parlament und die Justiz nacheinander aus dem Weg geräumt habe. Etliche Kommentatoren scheuen sich deshalb nicht, offen vor der drohenden Gefahr einer neuen Diktatur in Pakistan zu warnen.

Die Regierung bezog erstmals am 26. Mai zum Verbot der NGOs öffentlich Stellung. Vor einem Untersuchungsausschuß des Senats behauptete ein Kabinettsvertreter gegenüber den Abgeordneten, daß von der Schließung lediglich die NGOs betroffen waren, die aufgrund fehlender Nachweise ihrer Arbeit im Grunde nur auf dem Papier existierten. Andere hätten es versäumt, sich in der Weise, wie es das Gesetz vorschreibe, registrieren zu lassen. Vielfach habe man in diesen Fällen geltende Bestimmungen ignoriert, die die Offenlegung von Informationen über die Finanzierungsquellen sowie eine unabhängige Rechnungsprüfung verlangen.

EU sagt Vertragsunterzeichnung mit Pakistan ab

Die für den 20. Mai vorgesehene Unterzeichnung eines Kooperations- und Handelsabkommens zwischen Pakistan und der Europäischen Union ist von der EU kurzfristig abgesagt worden. Offiziell verlautete hierzu aus Regierungskreisen der EU-Mitgliedsländer, man habe die Vertragsunterzeichnung "aus technischen Gründen" abgesagt und lediglich auf den 24. oder 26. Juni verschoben. EU-Diplomaten begründeten diesen Schritt jedoch gegenüber der Presse mit anhaltender Sorge über die Lage der Menschenrechte in Pakistan. Insbesondere die Verhaftung des Herausgebers der Wochenzeitung 'Friday Times', Najam Sethi, sowie die sich in jüngster Zeit häufenden Einschüchterungsversuche gegen weitere Journalisten in Pakistan hätten hierbei eine gewichtige Rolle gespielt, hieß es. Mit der Aussetzung der Unterschriftenzeremonie, so weiter, habe man mit Blick auf die angespannte Menschenrechtssituation in dem südasiatischen Land an die Adresse der pakistanischen Regierung ein unmißverständliches Zeichen setzen wollen. In

diesen Kontext paßt der Inhalt einer Presseerklärung, die Deutschland in seiner Eigenschaft als gegenwärtiger Inhaber der EU-Ratspräsidentschaft wenige Tage vor der Terminabsage veröffentlicht hatte. Denn auch in dieser Stellungnahme war mit Bezug auf die Verhaftung Najam Sethis von der "tiefen Sorge Europas" über die Pressefreiheit in Pakistan die Rede. Die EU wolle die Situation dort weiter aufmerksam beobachten.

Das jetzt auf Eis gelegte EU-Pakistan-Abkommen hatten Premierminister Nawaz Sharif und der damalige EU-Kommissionspräsident Jacques Santer nach beinahe vierjährigen intensiven Verhandlungen bereits im vergangenen Jahr unter Dach und Fach gebracht. Nach den pakistanierten Nukleartests im Mai 1998 war die Unterzeichnung des Vertrags schon einmal verschoben worden. Ein endgültiges Scheitern des Abkommens im Poker um die Unterschrift hätte zwar nach Ansicht von Experten keinerlei negative Auswirkungen auf den pakistanierten Außenhandel oder die Entwicklungszusammenarbeit. Allerdings würde das neue Vertragswerk vor allem die politischen Beziehungen zwischen Islamabad und der Europäischen Union deutlich aufwerten, was für Pakistan aus strategischen Gründen von besonderer Bedeutung wäre. Denn das Abkommen sieht unter anderem vor, die europäisch-pakistanierten Beziehungen den Beziehungen zwischen der EU und Indien, das mit Brüssel einen ähnlichen Vertrag schon vor vier Jahren geschlossen hatte, gleichzustellen.

Schattenwirtschaft hat Volumen von bis zu 2.000 Milliarden Rupien

Nach Angaben von Finanzminister Is-haq Dar besitzt die pakistanierte Schattenwirtschaft ein geschätztes Volumen von 1.500 bis 2.000 Milliarden Rupien. Dies gab der Politiker am 12. Mai im Rahmen einer Fragestunde vor dem Senat in Islamabad bekannt. Gleichzeitig bestätigte der Politiker, daß es der Regierung immer noch nicht gelungen sei, im Land eine funktionierende Steuerkultur zu etablieren. Allerdings habe die Regierung einige Initiativen gestartet, um diesem Ziel näherzukommen. Dazu gehöre die Etablierung eines wirksamen Überwachungssystems, der Aufbau einer einheitlichen Finanzverwaltung für ganz Pakistan sowie die Säuberung der Steuerbehörden von korrupten Beamten, einhergehend mit einer Professionalisierung des Personals. Auf den Einwand eines Senatsabgeordneten der Opposition, daß eine Verbesserung der Steuerdisziplin nur denkbar sei, wenn auch der Premierminister in Zukunft mit gutem Beispiel vorangehe - Nawaz Sharif hatte

als einer der reichsten Männer des Landes in den Jahren 1994 bis 1997 ganze 477 Rupien (etwa 20 DM) an Einkommenssteuern gezahlt - reagierte Finanzminister Dar mit der Ankündigung eines neuen Finanzgesetzes, das in Zukunft für alle Parlamentarier und hohen Regierungsbeamten die detaillierte Veröffentlichung ihrer Steuerklärung und der tatsächlich an den Fiskus geleisteten Zahlungen vorschreibe. Mit dieser Initiative, so der Minister, würden sich viele der bestehenden Probleme von selbst erledigen.

Wirbelsturm verwüstet Küstenregionen im Sindh

Ein gewaltiger Zyklon hat am 18. und 19. Mai vor allem in der westlichen Hälfte der Küstengebiete der pakistanierten Südprovinz Sindh verheerende Schäden angerichtet. Aus einer ersten Zwischenbilanz, die die sindhische Provinzregierung am 25. Mai in der Landeshauptstadt Karachi veröffentlichte, geht hervor, daß die Naturkatastrophe bislang mindestens 300 Menschenleben forderte. Viele weitere Opfer schweben noch in Lebensgefahr oder werden vermißt, so daß sich diese Zahl noch erhöhen dürfte. Besonders schwer traf das Unwetter die Distrikte Thatta und Badin, wo der Tropensturm nach Agenturmeldungen in Böen Windgeschwindigkeiten von bis zu 270 Stundenkilometern erreichte. Rund 40 Prozent aller Häuser sollen dort zerstört worden sein. Allein in diesen beiden Distrikten wurden dadurch mehr als 700.000 Menschen obdachlos. Schwere Regenfälle und ausgedehnte Überschwemmungen taten ein Übriges, um auch das sonstige Hab und Gut sowie die Ernte auf den Feldern weitgehend zu vernichten. Rettungseinheiten der Armee sind in dem Katastrophengebiet rund um die Uhr im Einsatz, um zumindest die größte Not der zu meist sehr armen Landbevölkerung zu lindern. Neue Probleme ergeben sich aus dem Mangel an sauberem Trinkwasser, der schon jetzt viele Überlebende nach Beobachtungen der Rettungskräfte zwingt, ihren Bedarf mit salzhaltigem Brackwasser zu decken. Mediziner fürchten deshalb den baldigen Ausbruch von Seuchen wie Cholera und Typhus. Die pakistanierte Regierung richtete deshalb bereits ein entsprechendes Hilfesuch an die Weltgesundheitsorganisation WHO.

Internationale Auszeichnung für die Menschenrechtsorganisation HRCP

Die größte regierungsunabhängige Menschenrechtsorganisation des Landes, die 'Human Rights Commission of Pakistan' (HRCP), hat am 21. April in

Brüssel den renommierten "Internationalen König-Baudouin-Preis für Entwicklung 1998" erhalten. Die noch amtierende HRCP-Vorsitzende Asma Jahangir nahm die Auszeichnung im Rahmen einer Feierstunde in der belgischen Hauptstadt in Gegenwart des Königs und zahlreicher hoher Justiz- und Verwaltungsbeamter aus ganz Europa entgegen. In der Laudatio hieß es zur Begründung, mit dem Preis werde der Einsatz der Menschenrechtskommission für die Wahrung des Rechtsstaats anerkannt, der die Voraussetzung für die Entwicklung einer Bürgergesellschaft sei, sowie ihr Beitrag zu einer umfassenden Vision von Entwicklung, die auch die Würde der Menschen achte, in erster Linie die der verletzlichsten unter ihnen, der Frauen und Kinder.

Der 1978 geschaffene und mit 300.000 DM dotierte Baudouin-Preis wird alle zwei Jahre an eine Person oder Organisation verliehen, die einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung der Länder des Südens oder zur Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen geleistet hat. Frühere Preisträger waren unter anderem der weltbekannte brasilianische Pädagoge Paulo Freire sowie die 'Grameen-Bank' aus Bangladesh, die für die Schaffung eines besonderen Kredit-systems für Frauen gewürdigt wurde. Für den diesjährigen Preis gab es 215

Kandidaten, wobei HRCP von der FDP-nahen 'Friedrich-Naumann-Stiftung' vorgeschlagen worden war. Beide Organisationen arbeiten seit einigen Jahren in Fragen der Menschenrechte in Pakistan eng zusammen, was insbesondere den Aktivitäten des erst kürzlich abgelösten Repräsentanten der 'Naumann-Stiftung' in Islamabad, Dr. René Klaff, zu verdanken ist.

Zeitungsgruppe 'Dawn' gewinnt internationalen Verlegerpreis

Zum zweiten Mal in Folge und zum dritten Mal insgesamt ist der in Karachi ansässige Presseverlag 'Dawn' am 24. Mai in Miami (USA) mit dem renommiertesten Preis ausgezeichnet worden, den die internationale Zeitungs- und Verlagswelt zu vergeben hat. Im diesjährigen Wettbewerb um die begehrte Auszeichnung der 'Editor & Publisher/ International Newspaper Marketing Association', an dem sich mehr als 1.600 Publikationen beteiligten, belegte die 'Dawn'-Gruppe, die unter anderem eine gleichnamige englischsprachige Tageszeitung sowie das Monatsmagazin



HRCP-Vorsitzende Asma Jahangir
(Foto: 'Herald')

'Herald' herausbringt, den ersten Platz. Damit mußten Blätter von internationalem Rang wie 'The New York Times' und die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' mit den weiteren Ehrenplätzen vorliebnehmen. Den Ausschlag zugunsten der weit weniger bekannten Konkurrenz aus Pakistan gab offenbar der Internetauftritt (www.dawn.com) des 'Dawn', der auf das Lob der Juroren stieß.

Militärischer Konflikt um Kashmir eskaliert

von Jorge Scholz

Indien hat Ende Mai im Bürgerkriegsgebiet von Kashmir zum ersten Mal in Friedenszeiten Kampfflugzeuge eingesetzt und damit eine gefährliche Eskalation im schwelenden Dauerkonflikt mit Pakistan um diese im westlichen Himalaya gelegene Hochgebirgsregion heraufbeschworen. Laut Agenturberichten bombardierten Jets der indischen Luftwaffe bei insgesamt drei Angriffswellen, an denen auch Kampfhubschrauber-Verbände beteiligt waren, mehrere Stellungen militanter Separatisten im indischen Provinzdistrikt Kargil unweit der Waffenstillstandslinie zu Pakistan. Die bis zu 600 Kämpfer - laut Vorwürfen der indischen Regierung von Pakistan eingeschleuste afghanische Söldner - hatten sich dort bereits seit dem 8. Mai entlang der strategisch wichtigen Verbindungsstraße zwischen Kargil und der kashmirischen Hauptstadt Srinagar verschanzt, die der indischen Armee als Nachschubweg dient. Dabei schlugen nach Angaben eines Sprechers der pakistanischen Armee insgesamt zehn Sprengsätze auch auf der pakistanischen Seite des Grenzstreifens ein. Zwei der Maschinen der indischen Luftwaffe wurden am zweiten Tag der Angriffe von der pakistanischen Flugabwehr abgeschossen, als sie nach pakistanischer Dar-

stellung bei ihren Manövern in den pakistanischen Luftraum eindringen. In beiden Fällen handelte es sich nach Informationen aus Islamabad um Flugzeuge vom Typ MIG-27, deren Wracks auf pakistanischem Territorium niedergingen. Einer der Piloten wurde dabei getötet, der andere gefangengenommen. Der britische Rundfunksender BBC meldete wenig später, die indische Seite habe den Verlust der beiden Maschinen bestätigt.

Indiens Luftwaffeneinsatz in Kashmir löste in Islamabad unterschiedliche Reaktionen aus. Während die Militärführung in Person ihres Pressesprechers General Rasheed Qureshi postwendend mit Vergeltungsschlägen der sofort in Alarmbereitschaft versetzten Armee bis hin zum Einsatz der eigenen Luftwaffe drohte, falls sich die Situation weiter zuspitze, bemühten sich Spitzenpolitiker der Zivilregierung mit betont moderat formulierten Stellungnahmen um Schadensbegrenzung. So forderte Außenminister Sartaj Aziz in einer Erklärung beide Seiten zur Zurückhaltung auf, um eine weitere Eskalation des militärischen Konfliktes zwischen den genau vor einem Jahr mit erfolgreichen Nukleartests zu Atomwaffenmächten avancierten Kontrahenten zu verhindern. In An-